

Parteienmonitor Südkorea 2015

bearbeitet von

FRITZ BRAEUER, JULIA SCHULZE, DANIEL SCHUMACHER

JONAS KESSNER, NADJA NOLL

SIMON CHILDS

INES APEL

XENIA GÜNTHER

ANDREA DROTLEFF

(Junior Researchers im KAS-Auslandsbüro Korea)

ÜBERSICHT ÜBER DIE WICHTIGSTEN PARTEIEN SÜDKOREAS

Die koreanische Parteienlandschaft ist geprägt von einer Vielzahl von strategischen Fusionen, Absplitterungen, Umbenennungen und Parteineugründungen. Diskontinuität kommt insbesondere in struktureller, weniger in ideologischer Hinsicht zum Ausdruck. Dieses Phänomen trat insbesondere im koreanischen Superwahljahr 2012 zu Tage. Da viele der zum dortigen Zeitpunkt entstandenen parteipolitischen Formationen zweckgebunden waren, kam es im Anschluss an die Parlamentswahlen am 11. April 2012 bzw. die Präsidentschaftswahl am 19. Dezember 2012 erwartungsgemäß zu einer umfangreichen Konsolidierungswelle im koreanischen Parteiensystem. Nach dem Parteiverbot der UPP im Dezember 2014 und dem Neuordnungsprozess der wichtigsten Oppositionspartei NPAD im Frühjahr 2015 erscheint es sinnvoll, eine aktualisierte Bestandsaufnahme der wichtigsten, derzeit aktiven Parteien vorzunehmen. Auf den folgenden Seiten findet sich eine Übersicht über die aktuell bedeutenden Parteien, deren wichtigste politische Positionen sowie deren Abschneiden bei den jüngsten Wahlen. Die politischen Selbstverortungen sind subjektiv und lediglich als Orientierungs- und Unterscheidungskriterium zu sehen. Angaben zu Mitgliederzahlen sowie Kontaktdaten der Parteien unterliegen ständigen Veränderungen. Zudem sind nicht alle Quellen gleichermaßen verlässlich. Die Zitierfähigkeit ist daher begrenzt.

Saenuri-dang (새누리당) / New Frontier Party (NFP).....	2
Saejeongchi-minjuyeonhap (새정치민주연합) / New Politics Alliance for Democracy (NPAD)...	3
Jeongeui-dang (정의당) / Justice Party (JP).....	4
Noksaek-dang+ (녹색당+) / Green Party Korea Plus (GPK+).....	5
Nodong-dang (노동당) / Labor Party (LP).....	6
Tonghap Jinbo-dang (통합진보당) / Unified Progressive Party (UPP).....	7

1) Allgemeine Angaben:*Gründung/Zulassung:* Februar 2012*Parteivorsitz:* Kim Moo-sung*Fraktionsvorsitz:* Won Yoo-chul*Generalsekretär:* Hwang Jin-ha*Parteivorstand:* Suh Chung-won, Kim Tae-ho, Rhee In-jae, Kim Eul-dong, Lee Jung-hyun*Parlamentssitze/Sitzanteil:* 158/53% (Stand: 2015)*Mitgliederzahl:* ca. 2,7 Millionen (Stand: 2015)*Entstehungsgeschichte:* Die New Frontier Party (NFP) ging aus der Grand National Party (GNP/Hannara-dang) hervor. Zusätzlich wurden Parlamentsabgeordnete der mittlerweile aufgelösten Liberal Forward Party (LFP) aufgenommen.**2) Programmatische Schwerpunkte***Innenpolitik & Wirtschaft:* Wirtschaftliche Demokratie durch eine faire und transparente Marktordnung, Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen als höchste nationale Priorität, Unterstützung von KMUs, Förderung des Wachstumspotentials der Landwirtschaft und Fischerei, „Green Growth“, Regionalisierung und Dezentralisierung der Regierung, Aufbau eines stabilen Sicherheitssystems und Verbesserung des Wehrdiensts*Gesellschaft, Soziales & Bildung:* Aufbau einer Wohlfahrtsnation, individuelle Arbeitsplatzpolitik für sozial Vernachlässigte, Aufbau einer kreativen Nation durch Wissenschaft und Technologie, Talentförderung, Stärkung des öffentlichen Bildungswesen und Chancengleichheit in der Bildung, Geschlechtergleichstellung, Unterstützung von im Ausland ansässigen Koreanern und Ausbau eines globalen Netzwerkes, Schaffung einer Tradition und Moderne gegenüber offenen Gesellschaft und Kultur*Außenpolitik:* Verteidigung der nationalen Souveränität, Denuklearisierung Nordkoreas, Normalisierung der Beziehungen zu Nordkorea, „Trust Politik“ zur Verbesserung der allgemeinen außenpolitischen Beziehungen, starke Allianz mit den USA, weltweite Verbreitung der koreanischen Kultur*Politische Selbstverortung:* Konservativ**3) Politische Bedeutung**

Die NFP ist derzeit mit großer Mehrheit die regierende Partei im Parlament (158 von 300 Sitzen) und stellt die amtierende Präsidentin Park Geun-hye. Die Beliebtheit von Partei und Präsidentin ist bei älteren Wählergruppen am höchsten – weniger Popularität genießt sie hingegen bei der jungen Wählerschaft. Nach dem Untergang des Passagierschiffs *Sewol* im April 2014 mit 300 überwiegend jugendlichen Opfern stehen die Partei bzw. der von ihr dominierte Regierungsapparat wegen der als inkompetent und unsensibel empfundenen Handhabung des Unglücks und seiner Folgen noch immer in der Kritik. Ähnliches gilt für das weitgehend unprofessionell empfundene Regierungshandeln im Umgang mit dem Ausbruch der Ansteckungskrankheit MERS im Frühjahr 2015.

Wahlergebnis Parlamentswahlen/ Präsidentschaftswahlen:

Bei den Parlamentswahlen im April 2012 wurde eine Niederlage der Partei prognostiziert. Zwar musste die NFP, wie vorhergesagt, Stimmen einbüßen. Es gelang ihr jedoch, eine knappe Mehrheit von 152 Mandaten zu erlangen. Dieser Erfolg wurde v.a. der Wahlkampfstrategie von Park Geun-hye, der damaligen Interimsvorsitzenden, zugeschrieben, was wiederum ihren Rückhalt in der Partei stärkte und ihr den Weg zur Aufstellung als Spitzenkandidatin für die Präsidentschaftswahl am 19. Dezember 2012 ebnete. Nach dem Wahlsieg über den gegnerischen, linksliberalen Spitzenkandidaten Moon Jae-in wurde Park im Februar 2013 als neue koreanische Präsidentin vereidigt. Am 30. Oktober 2013 kam es zu ersten Nachwahlen für drei freigewordene Parlamentssitze. Die NFP-Kandidaten konnten sich dabei gegen diejenigen der Oppositionsparteien durchsetzen. Diese Nachwahl wurde weithin als erster Gradmesser für die bisherige Politik Parks angesehen. Nach dem Untergang des Fährschiffs *Sewol* mit über 300 Todesopfern im April 2014, wofür die Regierung in der öffentli-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO KOREA

Oktober 2015

www.kas.de/korea

www.kas.de

chen Meinung einen Hauptteil der Schuld trug, galten die Lokalwahlen im Juni 2014 und die zweiten Nachwahlen zum Parlament Ende Juli 2014 als weitere, entscheidende Referenden. Die Partei konnte überraschend acht von 17 Gouverneursposten und in den Nachwahlen elf von 15 neu zu besetzenden Mandaten für sich gewinnen. Die Anzahl der Sitze der Saenuri Partei im Parlament steigerte sich somit auf 158 von 300. Die Nachwahlen waren erforderlich geworden, weil die früheren Mandatsträger wegen Rechtsverstößen unterschiedlicher Art ihre Sitze aufgeben mussten.

4) Webseiten

Offizielle Webseite: <http://www.saenuriparty.kr/web/eng/index.do> (englisch)

Facebook: <http://www.facebook.com/saenuridang> (koreanisch)

Twitter: <https://twitter.com/#!/saenuridang> (koreanisch)

Saejeongchi-minjuyeonhap (새정치민주연합)

New Politics Alliance for Democracy (NPAD) / Neue Politische Demokratische Union

1) Allgemeine Angaben:

Gründung/Zulassung: 26. März 2014

Parteivorsitz: Moon Jae-in

Fraktionsvorsitz: Woo Yoon-keun

Parteivorstand: Joo Seung-young, Jung Chung-rae, Jeon Byung-hun, Oh Young-sik, Yoo Seung-hi, Choo Mi-ae, Lee Yong-deuk

Generalsekretär: Yang Seung-jo

Parlamentssitze/Sitzanteil: 130/43% (Stand: 2015)

Mitgliederzahl: ca. 2,4 Millionen (Stand: 2015)

Entstehungsgeschichte: Die Gründung der Vorläuferpartei der NPAD wird offiziell auf den 5. September 1995 datiert. Damals wurde sie unter dem Namen „National Congress for New Politics“ (NCNP) gegründet. In dieser Konstellation konnte die Partei den Präsidenten der Republik Korea, Kim Dae Jung (1998-2003), stellen. Nach einem Reform- und Erweiterungsprozess im Januar 2000 formierte sich die Partei neu und benannte sich um in „Millennium Democratic Party“ (MDP). 2002 konnte die MDP erneut eine Präsidentenwahl gewinnen, Roh Moo Hyun wurde koreanischer Staatschef. In den folgenden Jahren teilte sich die Partei in „Uri Party“ und MDP. Im Februar 2008 kam es dann zum erneuten Zusammenschluss der beiden Parteien; am 6. Juli 2008 wurde die als „Democratic Party“ (DP) bekannte Partei offiziell gegründet. Ende 2011 fusionierte die DP mit der Citizens Unity Party (CUP) und wurde so schließlich zur DUP. Sie stand vor den Parlamentswahlen im April 2012 noch in Verhandlungen mit der Unified Progressive Party (UPP), welche ein Zusammenschluss aus drei kleineren, progressiven Parteien bildet. Eine Wahlkampfkooperation mit der UPP zugunsten des DUP-Spitzenkandidaten für die Präsidentschaft 2012, Moon Jae-in, scheiterte jedoch an der Absage durch die DUP-Führung. Im Mai 2013 änderte sie ihren Namen wieder in Democratic Party (DP). Die New Politics Alliance for Democracy (NPAD) wurde am 26. März 2014 von der DP zusammen mit der New Political Vision Party (NPVP) gegründet und ist rechtlich gesehen eine neue Partei.

2) Programmatische Schwerpunkte

Innenpolitik & Wirtschaft: Faire Marktwirtschaft, innovatives Wirtschaftswachstum, Förderung der Fischerei, sparsame Verwendung der Ressourcen, Reduzierung der Abfallstoffe, Transparente Politik, Machtverteilung auf die Provinzen, Korruptionsbekämpfung

Gesellschaft, Soziales & Bildung: Soziale Chancengleichheit, Aufbau eines sozialen Sicherungssystems, Stärkung der Rechte sozial Benachteiligter, Geschlechtergleichheit, Unterstützung von Koreanern im Ausland

Außenpolitik: Steigerung der Truppenmoral durch Aufrechterhaltung des amerikanisch-koreanischen Bündnisses, Wiedervereinigung mit Nordkorea, Verbesserung der Menschen-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO KOREA

Oktober 2015

www.kas.de/korea

www.kas.de

rechte und Lebensqualität der nordkoreanischen Bevölkerung, Verbesserung der Beziehungen und Kooperationen mit Nachbarländern

Politische Selbstverortung: Mitte-links

3) Politische Bedeutung

Hauptoppositionspartei im Parlament mit 130 Sitzen; Lokale Ebene: zweitstärkste Kraft nach der NFP.

Wahlergebnis Parlamentswahlen/Präsidentenwahlen: Die DUP profitierte in Umfragen vor den Parlamentswahlen 2012 von der Unzufriedenheit mit der Regierungspartei bzw. dem seinerzeit amtierenden Präsidenten Lee Myung-bak. Der Partei wurden aufgrund dessen gute Chancen für die Wahlen zur Nationalversammlung vorhergesagt, sie erlangte schließlich aber weniger Sitze im Parlament als die NFP. Nichtsdestotrotz ist die Partei auf der lokalen Ebene gut aufgestellt. Im Anschluss an die verlorene Präsidentenwahl verpasste es die DUP, entscheidend gegen die NFP und die neue Präsidentin zu punkten. Insbesondere im Rahmen der sogenannten NIS-Affäre gelang es dem damaligen DUP-Vorsitzenden Kim Han-gil nicht, die Anschuldigungen über eine vermeintliche Wahlmanipulation durch den koreanischen Geheimdienst zugunsten Parks in erhöhte Zustimmungswerte für die DUP umzumünzen. Im Gegenteil: Um Druck auf die passive Präsidentin auszuüben und eine Reform des NIS voranzutreiben, zog die gesamte DUP-Fraktion aus dem Parlament aus, um auf der Straße zu protestieren. Dieser Zug brachte letztlich nicht den erhofften Effekt, da die öffentliche Zustimmung für diese Form der parlamentarischen Blockade äußerst gering war. Die NPAD schaffte es auch nicht, den Unmut der Bevölkerung über die Handhabung des Sewol-Unglücks durch die Regierungspartei in dem Maße wie erhofft für sich zu nutzen und konnte bei den Lokalwahlen 2014 „nur“ neun von 17 Gouverneurssitzen für sich gewinnen; bei den Parlamentsnachwahlen 2014 gewann sie nur vier von 15 Sitzen. Die NPAD setzte sich für ein spezielles Gesetz ein, dass den Hinterbliebenen des Sewol-Unglücks besondere Rechte bei den Untersuchungen der Tragödie gibt. Da sich die Regierungspartei weigert, dieses Gesetz mitzutragen, boykottierte die NPAD im Anschluss die Parlamentssitzungen.

4) Webseiten

Offizielle Webseite: <http://npad.kr/npad/> (koreanisch)

Facebook: <https://ko-kr.facebook.com/NPADkr> (koreanisch)

Twitter: https://twitter.com/NPAD_Kr (koreanisch)

Jeongui-dang (정의당)

Justice Party (JP) / Gerechtigkeitspartei

1) Allgemeine Angaben:

Gründung/Zulassung: Oktober 2012

Parteivorsitz: Chun Ho-sun

Fraktionsvorsitz: Sim Sang-jeong

Partei Vorstand: k.A.

Generalsekretär: Kwon Tae-hong

Parlamentssitze/Sitzanteil: 5/1,7% (Stand: 2015)

Mitgliederzahl: ca. 18.000 (Stand: 2015)

Entstehungsgeschichte: Ausgehend von einem internen Streit um angebliche Korruption innerhalb der UPP traten die drei Parlamentsabgeordnete Sim Sang-jeong, Kang Dong-won und Roh Hoe-chan aus der UPP aus. Die drei abtrünnigen Mandatsträger gründeten daraufhin im Oktober 2012 die Justice Partei. Im Juli 2013 kürzte die Partei, die bis dahin noch „Progressive Gerechtigkeitspartei“ hieß, ihren Namen auf „Gerechtigkeitspartei“.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO KOREA

Oktober 2015

www.kas.de/korea

www.kas.de

2) Programmatische Schwerpunkte

Innenpolitik & Wirtschaft: Stärkung der Arbeitnehmerrechte (Partei der Arbeiter, Bauern und Kleinunternehmer), Umweltschutz, Förderung der erneuerbaren Energien, Abschaffung der Atomkraftwerke bis 2040, Gesetz zur Auflösung von Betrieben bei wiederkehrender Gesetzesübertretung, Reformierung und Neuerrichtung von Gesetzen zum Katastrophenschutz und zur inneren Sicherheit

Gesellschaft, Soziales & Bildung: Frauenrechte, massiver Ausbau der Wohlfahrtsprogramme (nach dem Vorbild europäischer sozialdemokratischer Sozialpolitik), Aufstellung eines Gesetzes zur Krebsvorbeugung, Reformierung des Beamtensystems, härtere Bestrafung bei Gesetzesübertretungen von Beamten, Einführung eines Gedenktages für die Sewol-Opfer

Außenpolitik: Aussöhnung mit Nordkorea und Einleitung eines friedlichen Wiedervereinigungsprozesses

Politische Selbstverortung: Mitte-links

3) Politische Bedeutung

Angesichts der bestehenden Mehrheitsverhältnisse in der koreanischen Nationalversammlung und in der Präferenz der Wahlberechtigten entspricht die politische Bedeutung der Partei wohl auch längerfristig nur der einer Splittergruppe.

4) Webseiten

Offizielle Webseite: <http://justice21.org/> (koreanisch)

Facebook: <https://www.facebook.com/justiceKR> (koreanisch)

Twitter: https://twitter.com/Kr_Justice (koreanisch)

Noksaek-dang (녹색당)

Green Party Korea (GPK) / Die Grünen Korea

1) Allgemeine Angaben:

Gründung/Zulassung: 2011 (Neugründung im Jahr 2012 nach kurzzeitiger Auflösung)

Parteivorsitz: Lee Yu-jin, Ha Seung-su (Co-Vorsitzende)

Generalsekretär: Ko-Lee Jisun

Parlamentssitze/Sitzanteil: Außerparlamentarische Opposition

Mitgliederzahl: ca. 6.800 (Stand 2015)

Entstehungsgeschichte: Die Partei hat sich aus verschiedenen grünen Bewegungen des Landes als politische Kraft entwickelt, die im Oktober 2011 ein Gründungskomitee beriefen. Nachdem die GPK die gesetzliche Zwei-Prozent-Hürde bei den Parlamentswahlen im April 2012 nicht überwinden konnte, wurde sie aus dem Parteienregister gestrichen. Bereits im Oktober 2012 wurde daraufhin die heute aktive Nachfolgepartei GPK Plus gegründet.

2) Programmatische Schwerpunkte

Innenpolitik & Wirtschaft: Aufkündigung bestehender Freihandelsabkommen, protektionistische Maßnahmen zum Schutz der nationalen Landwirtschaftsindustrie; Atomausstieg nach deutschem Vorbild (Erarbeitung eines „2030 Non-nuclear & Energy Switch Basic Law“), direkte Demokratie, Dezentralisierung

Gesellschaft, Soziales & Bildung: bedingungsloses Grundeinkommen für Landwirte, Tier- und Umweltschutz, Stärkung der Frauenrechte, Kampf gegen Diskriminierung (sexuelle Orientierung, körperlich Benachteiligung, etc.), Kampf gegen eine Überarbeitungsgesellschaft

Außenpolitik: keine Angaben

Politische Selbstverortung: Grün, mitte-links

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO KOREA

Oktober 2015

www.kas.de/korea

www.kas.de

3) Politische Bedeutung

Die Grünen sind politisch noch sehr unbekannt, da die Partei erst neu gegründet wurde.

Wahlchancen: Die Partei könnte bei entsprechender Profilierung im Windschatten der derzeitigen Unzufriedenheit junger Koreaner mit den bestehenden Parteien durchaus einen jetzt noch unerwarteten Zuspruch erhalten, da sie eine unbelastete Alternative und somit auch für „Protestwähler“ eine attraktive Wahloption darstellt. Auch die Präsenz von Naturkatastrophen in den Medien könnte der Partei helfen, in der Bevölkerung auf Interesse für ihre Themenschwerpunkte zu stoßen. Trotz der Aktualität ihres Programmes fand die GPK bisher kaum Aufmerksamkeit im politischen Geschehen. Folglich spielte sie auch bei den vergangenen Parlamentswahlen im April 2012 keine Rolle, da sie die koreanische parlamentarische Sperrklausel in Form einer Zwei-Prozent-Hürde nicht überwinden konnte und somit aus dem Parteienregister entfernt wurde. Allerdings wurde bereits im Oktober 2012 die Nachfolgepartei GKP Plus gegründet. Darüber hinaus hat die Partei in der zweiten Jahreshälfte 2013 ein monatliches Politikforum für Arbeit, Landwirtschaft, Tierrechte und Bildung eingerichtet und das „Institute for Green Change“ gegründet. Somit scheint es, dass die Grünen Koreas ihre Rolle der außerparlamentarischen Opposition sehr aktiv wahrnehmen. Nichtsdestotrotz bleibt abzuwarten, inwieweit sich eine grüne Partei in Korea durchsetzen können wird, da auch die etablierten Parteien beginnen, die Umweltthematik in ihre Wahlprogramme aufzunehmen, wenn auch mit einem völlig anderem Stellenwert als im Programm der GPK. Jüngere wissenschaftliche Untersuchungen gehen davon aus, dass das traditionelle Unterstützerpotenzial einer grünen bzw. „dritten“ Partei, das in vergleichbaren Ländern überwiegend aus Angehörigen des öffentlichen Dienstes besteht, eben aus diesem Grund in Südkorea nicht zum Tragen kommen kann. Genau diesen Personengruppen – Beamten und öffentlich Bediensteten, insbesondere Staatsanwälten, Lehrern, aber auch Polizisten und sogar Feuerwehrleuten – ist die Mitgliedschaft in einer politischen Partei wegen der „Neutralitätspflicht“ ihrer beruflichen Stellung untersagt. Diese Beschränkung eines in der westlichen Welt anerkannten Grundrechts für eine definierte Bevölkerungsgruppe wurde vom südkoreanischen Verfassungsgericht bestätigt.

4) Webseiten

Offizielle Webseite: <http://www.kgreens.org/english>(englisch)

Facebook: <https://www.facebook.com/koreagreenparty> (koreanisch)

Twitter: <https://twitter.com/greenpartyK> (koreanisch)

YouTube: <http://www.youtube.com/user/iamgreens> (koreanisch)

Flickr: <https://www.flickr.com/photos/kgreens> (koreanisch)

Nodong-dang (노동당)

Labor Party (LP)

1) Allgemeine Angaben:

Gründung/Zulassung: 23. Juni 2013

Parteivorsitz: Koo Kyo-hyeon

Parteisprecher: Kang Sang-gu

Parlamentssitze/Sitzanteil: Außerparlamentarische Opposition

Mitgliederzahl: k.A.

Entstehungsgeschichte: Die Labor Party entstand aus der New Progressive Party, welche von ehemaligen Mitgliedern der Democratic Labor Party 2008 gegründet wurde. Nachdem die New Progressive Party 2012 aufgrund zu weniger Wählerstimmen aufgelöst wurde, gründete sie sich im Folgejahr unter dem Namen Labor Party neu.

2) Programmatische Schwerpunkte

Innenpolitik & Wirtschaft: Schaffung von Gleichheit und ökonomischer Sicherheit, ökologische Nachhaltigkeit, „Befreiung der Arbeiterklasse“

Gesellschaft, Soziales & Bildung: Universelle Wohlfahrt, Schutz der Arbeiterklasse, der Armen, Frauen, von Menschen mit Behinderungen, sexueller und anderer Minderheiten; gegen Diskriminierung und Ausbeutung der Arbeitsmigranten

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Außenpolitik: Regionaler Frieden, Beendigung des Quasi-Kriegszustands auf der koreanischen Halbinsel

AUSLANDSBÜRO KOREA

Politische Selbstverortung: links

Oktober 2015

www.kas.de/korea

www.kas.de

3) Politische Bedeutung

Aufgrund der sinkenden Geburtenraten und damit alternden Bevölkerung gewinnt die Frage nach Renten-Reformen und sozialer Versorgung in Südkorea an Bedeutung. Die Vorgänger der Labor Party, Democratic Labor Party und New Progressive Party, fanden allerdings wenig Rückhalt in der Gesellschaft, weshalb es abzuwarten bleibt, ob jene es bei den kommenden Wahlen ins Parlament schafft.

4) Webseiten

Offizielle Webseite: <http://www.laborparty.kr/> (koreanisch)

Facebook: <https://www.facebook.com/newleft> (koreanisch)

Twitter: <https://twitter.com/newleft21> (koreanisch)

Tonghap Jinbo-dang (통합진보당)

Unified Progressive Party (UPP) / Vereinigte Progressive Partei

1) Allgemeine Angaben: Die Partei wurde vom Verfassungsgericht der Republik Korea im Dezember 2014 verboten!

Gründung/Zulassung: Dezember 2011

Parteivorsitz: Lee Jeong-hee

Fraktionsvorsitz: Oh Byung-yoon

Parteivorstand: Kim Seung-gyo, Min Byung-Ryul, Ahn Dong-seob, Yoo Seon-hee, Lee Jeong-hee, Jeong Hee-seong, Choi Hyeong-kwon

Generalsekretär: Ahn Dong-seob

Parlamentssitze/Sitzanteil: -

Mitgliederzahl: Bis zu ihrem Verbot ca. 100.000

Entstehungsgeschichte: Die Partei gründete sich aus einem Zusammenschluss der People's Participation Party, der Democratic Labour Party und ehemaligen Mitgliedern der New Progressive Party.

2) Programmmatische Schwerpunkte

Innenpolitik& Wirtschaft: Wirtschaftsdemokratie, Zerschlagung der südkoreanischen Industriekonglomerate (*Chaebol*), Förderung der Klein- und Mittelunternehmen, Stärkung der Arbeiterrechte, Atomausstieg bis 2040, Förderung von erneuerbaren Energien, Reichensteuer, Einschränkung der Einstellung von irregulären Arbeitern, vereinte Wirtschaft mit Nordkorea, Stabilisierung der Gehälter von Bauern durch Einkauf der lokalen Produkte durch die Regierung, Privatisierungsstopp, Verhinderung von Jugendarbeitslosigkeit durch die Einführung einer Beschäftigungsquote für Jugendliche, Aufbau einer Umweltgemeinschaft mit Nordkorea, Klimaschutz, Förderung ökologischer Landwirtschaft, Einkommensumverteilung über Besteuerung, Ersetzung der bestehenden koreanisch-amerikanischen Verträge wie u.a. des Freihandelsabkommens durch gerechte Verträge, Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, Kontrolle des Devisenhandels

Gesellschaft, Soziales & Bildung: Stärkung der Rechte von Minderheiten, Frauen und Homosexuellen, freie Bildung, freie Gesundheitsvorsorge, Wohlfahrtssystem, Errichtung eines Sozialhilfesystems, gemeinsame Nutzung von Wohnungen und Grundstücken, Erhöhung des Mindestlohnes auf 70% des Durchschnittslohns, Abschaffung von indirekter Beschäftigung, Einführung einer direkten Demokratie, Reformierung des Wahlsystems, Abschaffung von Sonderrechten, Abschaffung des National Security Act, Abschaffung der Aufnahmeprüfung von Schulen, Abschaffung des Rangfolgesystems der Universitäten, Einführung eines Rentenplans, Bestrafung von Verbrechern während der japanischen Besatzungszeit und der Militärdiktatur

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO KOREA

Oktober 2015

www.kas.de/korea

www.kas.de

Außenpolitik: Ersetzung des Waffenstillstandsabkommens mit Nordkorea durch ein Friedensabkommen, koreanische Wiedervereinigung, Beendigung der Militärallianz mit den USA, Ausweisung von US-amerikanischem Militärpersonal, souveräne Wiedervereinigung

Politische Selbstverortung: links

3) Politische Bedeutung

Wahlergebnis Parlamentswahlen/Chancen Präsidentschaftswahlen: Die Partei gewann bei den Parlamentswahlen im April 2012 13 Mandate und war drittstärkste Kraft im Parlament, wenn auch das eigene Ziel von 30 Sitzen verfehlt wurde. Nach dem Aufkeimen von internen Korruptionsvorwürfen in Zusammenhang mit der Aufstellung der UPP-Wahlliste traten sieben Mandatsträger aus der UPP aus und gründeten im Oktober 2012 die Justice Party (s.u.). Die Parteikrise verschärfte sich weiter, als der UPP-Parlamentsabgeordnete Lee Seok-ki im September 2013 festgenommen wurde, nachdem das Parlament zuvor beschlossen hatte, dessen Abgeordnetenimmunität aufzuheben. Ihm wurden die Mitgliedschaft in einer pro-nordkoreanischen Untergrundorganisation („Revolutionary Organisation“) sowie die federführende Mitarbeit an einem Umsturzplan im Falle einer nordkoreanischen Invasion Südkoreas zur Last gelegt. Am 11. August 2014 wurde er deswegen zu neun Jahren Gefängnis verurteilt. Im Zuge der Ermittlungen wurden darüber hinaus auch die Büros und Privatwohnungen von drei weiteren UPP-Mitgliedern durchsucht. Da die UPP offenbar von einer verfassungsfeindlichen pro-nordkoreanischen Ideologie geleitet ist, legte das südkoreanische Justizministerium dem Verfassungsgericht im November 2013 einen Parteiverbotsantrag vor und beabsichtigte, weiterhin die Disqualifizierung der sechs UPP-Parlamentsabgeordneten zu betreiben. Die UPP war nach eigenen Angaben die einzige Partei, die Parteikontakte nach Nordkorea pflegt. Im Dezember 2014 sprach das Verfassungsgericht der Republik Korea das Verbot der Partei aus.

4) Webseiten

Offizielle Webseite: <http://www.goupp.org/>